EP-W-01-109-3

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 108 bis 111:
Uns begeistern zukünftige Chancen und Potenziale neuer Energietechnologien, weshalb wir Forschung und Entwicklung neuer Ideen auch weiterhin vorantreiben wollen. ~~Um~~Das gilt jedoch nicht grundsätzlich für alle neuen Energietechnologien (diese sind zuvor genau zu prüfen auf Kosten/Nutzen und Gefährlichkeit), erst recht nicht für die Kernfusion. Trotz 60 Jahren Forschung wurden bisher kaum signifikanten Erfolge erzielt. Sollte in ~~den nächsten Dekaden~~wenigen Jahrzehnten tatsächlich Fusionsenergie im Alltag einsetzbar sein, käme diese eben mehrere Jahrzehnte zu spät, um einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Klimakrise und zur Energiesicherheit leisten zu können~~, kommt~~. Die bis dahin flächendeckend weltweit ausgebaute EE-Versorgung würden somit mit einer neuen, dann überflüssigen Fusions-Energie in Konkurrenz gesetzt, die bis dahin zudem mit mindestens zweistelligen Milliardenbeträgen von Steuergeldern gefördert wurde. Diese Milliarden fehlen beim Klimaschutz und der nötigen Bekämpfung der Folgen der Klimaänderung. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kernfusion ~~jedoch zu spät~~auch in 50 Jahren noch nicht im Alltag nutzbar sein wird, ist groß.
Auch für die Versorgung der Megastädte der Zukunft müssen Lösungen gefunden werden, die auf Basis der EE Millionen Menschen auf engem Raum versorgen können. Auch das ist – wenn auch aufwendig – schon mit heutigen Techniken machbar.

Begründung

Seit von vor 50 Jahren bis heute heißt es „In 50 Jahren ist die Kernfusion im Alltag nutzbar“. Ein wirtschaftlich tragbarer Beitrag zur Energieversorgung ist selbst auf sehr lange Sicht bei der Kernfusionsforschung nicht absehbar. Laut Bundesregierung förderte die EU die Atomforschung von 2014 bis 2020 insgesamt mit rund fünf Milliarden Euro, darunter allein 2,7 Milliarden für den Fusionsreaktor Iter. Auf Bundesebene waren es im Jahr 2020 rund 140 Millionen Euro für die deutsche Kernfusionsforschung. Für den EU-Haushalt ab 2021 will die EU-Kommission die Gelder für das Iter-Projekt auf sechs Milliarden Euro bis 2027 zu verdoppeln. Damit läge das Budget dann weit über den bisherigen Forschungsförderungen anderer Energie-Technologien. Die Verhandlungen sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Bis 2027 soll noch einmal die gleiche Summe investiert werden. Und es werden Milliarden Euro Subventionen und Forschungsgelder in falsche Hoffnungen gepumpt, die dann für bereits jetzt verfügbare kostengünstige Lösungen fehlen, wie den schnellen naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien.

weitere Antragsteller*innen

Anna Katharina Boertz (KV Celle); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Ulrike Bues (KV Pinneberg); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Dorothea Martin (KV Barnim); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt); Gerd

Weichelt (KV Dithmarschen); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Svenja Schürer (KV Chemnitz); Damian-Aidan Koenig (KV Leipzig); Philipp Schmagold (KV Plön); Finn Schwarz (KV Tübingen); Manuela Braun (KV Rastatt/Baden-Baden); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Eberhard Müller (KV Ortenau); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.